

BESCHLUSSBUCH

Außerordentliche
Mitgliederversammlung

Jusos Münster

2026



Inhaltsverzeichnis

A1: Ein Glas Wasser für alle – kostenloses Leitungswasser in der Gastronomie	3
A2: Die Jusos Münster soziokulturell stärken	8
A3: Das Momentum nutzen – die Zuckersteuer jetzt auch in Deutschland auf den Weg bringen	10
A4: Ausbildungsvergütung erhöhen – Ausbildung existenzsichernd machen	12
A5: Verbot von Smart Glasses und ähnlichen Wearables mit integrierter Kamera ...	14
A6: Resolution: Unsere Stärke kommt von unten – Sozialstaat verteidigen – das gute Leben für alle erkämpfen	17
A7: Azubi- und Arbeitnehmer*innenpositionen bei den Jusos Münster stärken	20

A1: Ein Glas Wasser für alle – kostenloses Leitungswasser in der Gastronomie

Antragsstellerin: Emily Zlateva

Wasser ist ein unverzichtbares Grundbedürfnis des Menschen. Jeder Mensch in Deutschland sollte unabhängig von sozialer Herkunft oder wirtschaftlicher Lage das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser haben. Dieses Grundrecht bildet die Basis für Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe. Trotz dieser grundlegenden Bedeutung von Wasser ist der kostenfreie Zugang zu Trinkwasser in vielen gastronomischen Betrieben bisher nicht selbstverständlich. Gäste müssen häufig Getränke erwerben, selbst wenn sie lediglich Wasser trinken möchten. Zusätzlich ist die Bitte nach Leitungswasser nach wie vor mit Scham verbunden und wird daher seltener geäußert.

Warum ist unentgeltliches Leitungswasser vor allem in der Gastronomie sinnvoll?

1. Versorgung der Zukunft - Leitungswasser

Das Umweltbundesamt

weist auf die konstant hohe Qualität des Leitungswassers in Deutschland hin und betont, dass es zu den am besten kontrollierten Lebensmitteln gehört.

Auch die Stadtwerke Münster, die regelmäßig Trinkwasseranalysen durchführen, bestätigen, dass unser Leitungswasser von allen Bevölkerungsgruppen

bedenkenlos getrunken werden kann. Neben der hohen Qualität bietet

Leitungswasser zahlreiche Vorteile, weshalb wir künftig stärker auf diese

Form der Wasserversorgung setzen sollten. Leitungswasser spart nicht nur

Müll, sondern ist im Vergleich zu anderen Getränken auch besonders

kostengünstig. Laut Stadtwerke Münster kostet ein Liter Wasser ca. 0,2 Cent.

Mit der Abwassergebühr, die ebenfalls anfällt, ergibt sich ein Preis von

insgesamt 0,28 Cent pro Liter. Würde ein gastronomischer Betrieb täglich 100

Gästen ein Glas à 250ml Wasser servieren, entstünden Kosten von nur 7 Cent pro Tag.

Hochgerechnet auf ein Jahr entspricht das 25,55 Euro pro Betrieb. Diese

geringen Kosten zeigen deutlich, dass die Bereitstellung von Leitungswasser

keine nennenswerte finanzielle Belastung für gastronomische Betriebe

darstellt.

2. Soziale Teilhabe

Kostenloses Leitungswasser in der Gastronomie sollte

ein selbstverständlicher Standard sein, da es einen direkten Beitrag zu

sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe leistet. Für viele einkommensarme Familien, Alleinerziehende, Studierende oder Menschen mit geringem Einkommen stellt der Besuch eines Restaurants bereits eine finanzielle Hürde dar. Insbesondere die zusätzlichen Kosten für Getränke machen einen Restaurantbesuch häufig unerschwinglich, sodass ein wesentlicher Teil des öffentlichen Lebens für diese Gruppen faktisch ausgeschlossen wird. Soziale Teilhabe darf jedoch nicht vom Geldbeutel abhängen. Die kostenfreie Bereitstellung von Leitungswasser senkt diese Zugangshürde deutlich und ermöglicht es mehr Menschen, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Familien würden finanziell entlastet werden, wodurch Restaurantbesuche häufiger möglich werden und nicht länger eine Ausnahme darstellen. Wichtig ist dabei, dass teilnehmende Betriebe das Angebot aktiv kommunizieren, z.B. durch einen klaren Hinweis in der Speisekarte sowie eine sichtbare Kennzeichnung mit einem einheitlichen Logo. Ergänzt durch öffentliche Werbekampagnen und eine städtische Auszeichnung für besonderes gesellschaftliches Engagement kann dieses Angebot gesellschaftlich anerkannt und weiterverbreitet werden. Entgegen möglicher Befürchtungen ist nicht zu erwarten, dass kostenfreies Leitungswasser zu Umsatzeinbußen führt. Menschen, die bislang andere Getränke konsumieren, werden in der Regel nicht vollständig auf Leitungswasser umsteigen. Vielmehr ist zu erwarten, dass durch die niedrigere finanzielle Einstiegshürde insgesamt mehr Menschen gastronomische Angebote wahrnehmen. Die steigende Anzahl an Gästen kann somit zu einer höheren Nachfrage nach Speisen und weiteren Angeboten führen. Kostenfreies Leitungswasser ist daher nicht nur ein Instrument sozialer Gerechtigkeit, sondern kann zugleich einen positiven wirtschaftlichen Effekt für die Gastronomiebetriebe haben.

3. Heiße Städte

Erneut zeigt die Stadtklimaanalyse der Stadt Münster für das Jahr 2025 welche Belastungen durch hohe Hitze unsere Stadt zukünftig erwarten, aber auch schon jetzt spürbar sind. Nicht nur die Innenstadt, sondern auch Stadtbezirke am Stadtrand werden zukünftig stark von dem Klimawandel betroffen sein. Besonders dicht bebaute Stadtteile sind stark betroffen, da dort Grünflächen fehlen. Folglich fehlt kühle Luft, um diese Gebiete abzukühlen. Versiegelte Flächen speichern die Wärme, wodurch der Wärmeinsel-Effekt entsteht. Diese Bereiche heizen sich tagsüber stark auf und kühlen nachts, aufgrund der fehlenden kühlen Luft, nur langsam wieder ab. Demnach sind besonders die Orte von Hitze betroffen, in denen viele Menschen auf engem Raum leben. Vor allem alte Menschen sind von warmen Hitzeperioden

und den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, da ihr Herz-Kreislaufsystem durch die hohen Temperaturen stark belastet wird. Auch Kinder und Säuglinge können ihre Körpertemperatur nicht ausreichend regulieren. Schwangere Frauen und pflegebedürftige Menschen werden ebenfalls besonders durch die hohen Temperaturen körperlich beansprucht. Eine Gruppe, die häufig vergessen wird, sind arme Menschen. In Deutschland verursacht eine Person aus dem reichsten 0,1 Prozent jährlich 52-mal mehr Emissionen als ein Mensch aus den ärmsten 50 Prozent. Die Emissionen steigen bei den reichsten Bevölkerungsgruppen überproportional stark an, und dennoch ist es die ärmere Bevölkerung, die am meisten unter hoher Hitze leidet, unter anderem aufgrund schlechter Wohnverhältnisse und fehlender Mittel, sich gegen die Hitze zu schützen. Diese am stärksten von dem Klimawandel betroffenen Gruppen werden bei der Stadtplanung, Klimaanpassung und durch fehlende Schutzmaßnahmen häufig kaum berücksichtigt. Umso wichtiger ist es, ihnen durch effiziente und wirksame Maßnahmen eine Stimme zu geben und den gesamtgesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Bei warmen Temperaturen ist eine ausreichende Flüssigkeitszufuhr entscheidend, da sie eine zentrale Voraussetzung für die Thermoregulation des menschlichen Körpers darstellt. Durch die zunehmenden Hitzetage infolge des Klimawandels steigt das Risiko von Dehydrierung und hitzebedingten Gesundheitsproblemen erheblich. Kostenlos zugängliches Leitungswasser in gastronomischen Betrieben stellt daher eine einfache und wirksame Maßnahme zum Gesundheitsschutz dar. In Münster gibt es bereits sogenannte Refill-Stationen. An diesen kann man seine eigene Wasserflasche auffüllen. Diese Läden und Einrichtungen sind mit einem blauen Logo ausgestattet. Leider findet man diese meist nur in der Innenstadt, wodurch angrenzende Stadtbezirke vernachlässigt werden. Auch die Trinkbrunnen in Münster sind eine Option, um die eigene Wasserflasche im Sommer aufzufüllen. Von diesen gibt es momentan jedoch nur eine Handvoll. Die Planung ihrer Installation ist langwierig und kostspielig, weshalb schnelle Maßnahmen genutzt werden sollten, statt die Situation alternativlos zu belassen. Die Stadt Münster wird aus diesen Gründen gebeten, gemeinsam mit der lokalen Gastronomie Maßnahmen zu entwickeln, die Gastronomiebetriebe dazu ermutigen, sich freiwillig als Leitungswasser-Refill-Stationen zu beteiligen und damit einen Beitrag zum Hitze- und Gesundheitsschutz zu leisten.

Ziele des Antrags:

108 Gesellschaftliche Teilhabe für alle: Den Restaurantbesuch für
109 einkommensschwache Gruppen (Familien, Studierende, Senioren) erschwinglich
110 machen und die Scham bei der Bestellung von Leitungswasser abbauen.

111

112 Effektiver Hitzeschutz: Eine flächendeckende, durch die Gastronomie
113 ermöglichte, kostenlose Wasserversorgung in allen Stadtteilen sicherstellen,
114 um gesundheitliche Risiken (Dehydrierung) für vulnerable Gruppen wie Kinder
115 und Ältere zu minimieren.

116 Akzeptanz von Leitungswasser: Das Bewusstsein
117 für die hohe Qualität und den ökologischen sowie ökonomischen Wert unseres
118 Trinkwassers stärken.

119

120

121 Forderungen dieses Antrags:

- 122 1. Kooperation mit der Gastronomie: Die Stadt Münster soll gemeinsam mit
123 lokalen Betrieben ein Modell zur freiwilligen, kostenlosen Abgabe von
124 Leitungswasser entwickeln.
- 125 2. Sichtbare Kennzeichnung: Einführung eines
126 einheitlichen Logos und Hinweisen in Speisekarten, um das Angebot proaktiv
127 zu kommunizieren.
- 128 3. Dezentrale Ausweitung: Gezielte Förderung von „Refill-
129 Stationen“ in den Außenbezirken, um den Wärmeinsel-Effekt in dicht
130 besiedelten Wohngebieten abzumildern (neben der weiteren Installation von
131 Trinkbrunnen).
- 132 4. Image-Kampagne: Eine städtische Auszeichnung für
133 teilnehmende Betriebe, zum Beispiel für besonderes gesellschaftliches
134 Engagement, um wirtschaftliche Bedenken durch positive PR auszugleichen.

135 Quellen

136 1. <https://www.muenster.de/pressemeldungen/web/frontend/design/kommunikation/show/1187519>

138 2. <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2025-10-29-mensch132> reichsten-
139 01-prozent-verursacht-pro-tag-mehr
140 co2#:~:text=Eine%20Person%20aus%20dem%20reichsten,der%20Weltbe
141 völkerung%20im%20gesamten%20Jahr.

- 142 3. <https://www.umweltbundesamt.de/umwelttipps-fuer-den-alltag/essen136>
143 trinken/trinkwasser#gewusst-wie
- 144 4. [https://www.stadtwerke-](https://www.stadtwerke-muenster.de/hilfe/trinkwasseranalyse)
145 [muenster.de/hilfe/trinkwasseranalyse](https://www.stadtwerke-muenster.de/hilfe/trinkwasseranalyse)
- 146 5. [https://geo.stadt-](https://geo.stadt-muenster.de/coolerstadtplan/)
147 [muenster.de/coolerstadtplan/](https://geo.stadt-muenster.de/coolerstadtplan/)
- 148 6. <https://www.antennemuenster.de/artikel/trinkwasserbrunnen-in140> muenster-
149 gesucht141 2023413.html#:~:text=Münster%20plant%20aktuell%20weitere%20Brunn
150 en,Trinkbrunnen%20kostet%20mindestens%2030.000%20Eur

1

2 A2: Die Jusos Münster soziokulturell stärken

3 Antragssteller: Jonathan Wiegers

4 Lieber Vorstand,

5 Liebe Genoss*innen,

6 hiermit möchte ich den Antrag: "Die Jusos Münster soziokulturell stärken" zu
7 unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 30. Juli 2026 einbringen.

8 Inhalt:

9 Der Vorstand der Jusos Münster setzt sich das Ziel, mindestens einmal pro
10 Quartal einen PoliTisch oder eine Rote Runde in einem soziokulturellen Raum in
11 Münster, beispielsweise in der B-Side, der Baracke oder anderen geeigneten
12 Räumlichkeiten in verschiedenen Stadtteilen, zu organisieren und durchzuführen.

13 Begründung: Die Jusos Münster sind dank der Arbeit des aktuellen Vorstandes eine
14 beständige und aktive Gruppe welche sich zu verschiedenen gut organisierten
15 Formaten wie Mitgliederversammlungen, Poli-Tischen oder Roten Runden zu
16 unterschiedlichen Themen hauptsächlich im SPD-Büro trifft um sich dort als
17 Jugendverband politisch zu bilden, demokratische Willensbildung zu betreiben und
18 sich sozial zu vernetzen! Dies stellt auch aufgrund der durch den Vorstand gut
19 begleiteten und organisierten Kontinuität, Themen und Inhalte der einzelnen
20 Formate eine solide und gute Basis für ein aktives Verbandsleben dar, wofür dem
21 Vorstand grundsätzlich Anerkennung gebührt.

22 Jedoch findet Politik, insbesondere sozialistische und Jugendpolitik nicht
23 ausschließlich in Parteibüros statt und unsere Zielklientel als
24 jungsozialistischer Jugendverband ist nicht in erster Linie im Umfeld von SPD-
25 Parteibüros zu finden, sondern im linken Leben und an linken, hauptsächlich
26 soziokulturellen Orten in Münster wie bspw. der B-Side. Unsere politische
27 Konkurrenz wie Linksjugend Solid, IJV oder SDAJ begründen ihren Erfolg vor allem
28 in dem Faktor, dass sie in soziokulturellen Räumen als Gruppierungen gezielt,
29 strategisch und organisiert Raum einnehmen und dort als Verbände stattfinden und
30 sich sozial in soziokulturellen Räumen etablieren und dort gezielt junge
31 Menschen für Ihre politischen Organisationen anwerben, ansprechen und
32 soziokulturelle Räume als Mobilisierungsmöglichkeiten verstehen und nutzen.

33 Wir als Jusos Münster müssen deswegen unsere Ansätze wie wir unsere Ideen einer
34 sozialistisch befreiten Gesellschaft an unsere Zielklientel herantragen
35 überdenken und reflektieren! Außerdem dürfen wir uns als Jugendverband des
36 demokratischen Sozialismus nicht soziokulturell die Butter vom Brot nehmen
37 lassen und von stalinistischen und antidemokratischen pseudolinken
38 Jugendverbänden in unserer Bewegungs- und Organisationsfreiheit einschränken und
39 den Rang ablaufen lassen und müssen uns auch als Jusos Münster politische Räume
40 im soziokulturellen Raum und im politischen Vorfeld in Münster aktiv erkämpfen,
41 denn soziokulturelle Räume sind essenzielle politische Räume in denen junge

42 Menschen politisiert werden und ansprechbar für politisches Engagement sind!
43 Deswegen soll mit diesem Antrag der Vorstand und vor allem die Jusos Münster
44 selbst ermutigt und dazu veranlasst werden im Sinne der originären Interessen
45 des Jugendverbandes politisch in Münster sichtbar zu sein, sich bei der
46 Organisation der unterschiedlichen Verbandsformate verstärkt auf ein Konzept zu
47 fokussieren bei dem im Rahmen direkter Sichtbarkeit, Veranstaltungen verstärkt
48 in linken und soziokulturell relevanten Orten in Münster organisiert und
49 durchgeführt werden. Dies dient dazu als Jugendverband sichtbarer und erlebbarer
50 zu sein und auch den politischen Raum einzunehmen welcher uns Jusos historisch
51 und aufgrund unserer Relevanz und Größe zusteht! Hauptziel ist es
52 soziokulturelle Räume nicht der Konkurrenz zu überlassen und sich als Jusos
53 aktiv und selbstbewusst in die soziokulturelle Szene Münster einzubringen und
54 die eigene Komfortzone zu verlassen!

55 Für Anregungen, Verbesserungen und Rückfragen bin ich sehr offen, des Weiteren
56 würde ich mich über eine Unterstützung des Antrages durch euch als Genoss*innen
57 und durch den Vorstand sehr freuen.

58 Liebe sozialistische Grüße,
59 Jonathan Wiegers

1

2 A3: Das Momentum nutzen – die Zuckersteuer jetzt auch in 3 Deutschland auf den Weg bringen

4 Antragssteller: Louis Marx

5 Das Gesundheitssystem in Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen. In
6 einer alternden Gesellschaft müssen mehr Menschen unser solidarisch finanziertes
7 System in Anspruch nehmen als je zuvor. Zugleich leiden Menschen zunehmend schon
8 im jungen Lebensalter an chronischen Erkrankungen wie Diabetes Mellitus oder
9 Bluthochdruck. Ursächlich sind in vielen Fällen eine ungesunde Ernährung sowie
10 Bewegungsmangel. Rauchen und übermäßiger Konsum von Alkohol tragen ebenfalls
11 erheblich zum Entstehen sogenannter lebensstilbezogenen Erkrankungen bei. Die
12 Folgen sind drastisch. Sowohl für die betroffenen Menschen als auch für unser
13 Gesundheitssystem. Während die gesamte Gesellschaft unter steigenden
14 Krankenkassenbeiträgen, krankheitsbedingtem Arbeitsausfall und langen
15 Wartezeiten auf medizinische Diagnostik und Behandlungen leidet, rauben die
16 Folgen dieser Erkrankungen den betroffenen Menschen viele gesunde Lebensjahre
17 und stellen ihre Familien oft vor existenzielle finanzielle Probleme. Zudem
18 leiden besonders sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen überproportional
19 häufig unter chronischen Erkrankungen. Die Probleme hierfür sind vielfältig. Die
20 Lösungsansätze sind ebenfalls komplex.

21 Im Angesicht dieser großen Herausforderungen muss unser Fokus besonders auf der
22 Prävention von lebensstilbezogenen Erkrankungen liegen. Ihr Entstehen zu
23 verhindern ist nicht nur günstiger, sondern auch gerechter als ihre Folgen bloß
24 mit medizinischen Behandlungen abzumildern. Unbestreitbar sollten wir Maßnahmen
25 wie verstärkte Aufklärung über gesunde Ernährung, die Förderung von Bewegung
26 sowie eine gezielte Stärkung von gesunder Ernährung in Bildungseinrichtungen wie
27 Schulen, Kitas und Hochschulen ausbauen. Gleichzeitig haben diese Bemühungen in
28 der Vergangenheit nicht ausgereicht, um die stetige Zunahme des Anteils
29 krankhaft übergewichtiger Menschen zu bremsen.

30 Lag früher der Fokus eher auf fettreichen Lebensmitteln ist es mittlerweile
31 wissenschaftlicher Konsens, dass besonders zuckerreiche Lebensmittel maßgeblich
32 zur Entstehung von Übergewicht und Fettstoffwechselstörungen beitragen. Gerade
33 hochverarbeitete Lebensmittel enthalten oft große Mengen zugesetzten Zuckers.
34 Dass es sich bei den entsprechenden Produkten beispielsweise nicht um einen
35 gesunden Saft sondern eher um eine Limonade handelt, wird von den
36 Lebensmittelkonzernen dabei geschickt kaschiert. Sie nutzen Zucker als billige
37 Zutat, um ihre in der Herstellung günstigen und ernährungsphysiologisch
38 minderwertigen Produkte für die Kund*innen attraktiver zu machen.

39 Während andere Präventionsmaßnahmen den Staat Geld kosten und in der Umsetzung
40 aufwendig sind, ist eine Steuer auf Zucker in verarbeiteten Lebensmitteln leicht
41 zu implementieren. Mittlerweile fordern beispielsweise die
42 Weltgesundheitsorganisation, der Präsident der Bundesärztekammer und die

43 Deutsche Diabetes Gesellschaft die Einführung einer solchen Zuckersteuer,
44 nachdem Studien, beispielsweise aus Großbritannien, einen Rückgang des
45 Zuckerkonsums bei Kindern nach deren Einführung feststellen konnten.

46 Im „Antrag W2: Ich will nich' dein Haus Opi, aber deine Villa würd' ich nehmen!
47 - Über ein sozialistisches Steuersystem“ (Rn. 580ff.), der auf dem
48 Bundeskongress der Jusos 2023 in Braunschweig beschlossen wurde, wurde die
49 Einführung einer Zuckersteuer noch mit der auch grundsätzlich sachlich korrekten
50 Begründung abgelehnt, dass von den Kostensteigerungen der hierdurch stärker
51 besteuerten Lebensmittel hauptsächlich Menschen geringeren Einkommens betroffen
52 wären. Allerdings scheint seitens der Antragsteller*innen hierbei nicht genug
53 beachtet worden zu sein, dass die Folgen des übermäßigen Zuckerkonsums an
54 anderer Stelle gerade zusätzliche Kosten für die Betroffenen verursachen, etwa
55 wenn sie wegen chronischer Krankheit vorzeitig das Erwerbsleben verlassen
56 müssen. Zudem ist die Studienlage mittlerweile aussagekräftiger, was die
57 Wirksamkeit der Steuer hinsichtlich der Reduktion des Zuckerkonsums angeht. Wir
58 sollten uns deshalb nicht durch eine von der Lobby der Lebensmittelindustrie nur
59 vorgespielte Solidarität mit ökonomisch schlechter gestellten Menschen von einer
60 insgesamt effektiven gesundheitspolitischen Maßnahme abbringen lassen, die
61 mittlerweile von mehr als 50 Staaten umgesetzt wurde.

62 Daher fordern wir:

- 63 • Die Einführung einer Steuer auf zugesetzten Zucker in verarbeiteten
64 Lebensmitteln. Ausgenommen werden sollen Grundnahrungsmittel.
- 65 • Die Einsetzung einer Kommission aus Wissenschaft und Politik, welche
66 anhand von Best Practice Beispielen aus unseren europäischen
67 Nachbarländern eine sinnvolle Ausgestaltung für Deutschland entwickelt.
- 68 • Die Verwendung der hierdurch generierten Einnahmen für weitere
69 gesundheitliche Präventionsmaßnahmen.

1 •

2 A4: Ausbildungsvergütung erhöhen – Ausbildung 3 existenzsichernd machen

4 Antragsstellerin: Romy Stephany

5 Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsvergütungen sowie eine
6 grundlegende politische Neuausrichtung hin zu einer existenzsichernden
7 Ausbildung. Wer eine Ausbildung macht, leistet Arbeit, trägt Verantwortung und
8 schafft die Grundlage für die eigene berufliche Zukunft und den
9 gesellschaftlichen Wohlstand. Trotzdem reicht die Vergütung vieler
10 Auszubildender nicht aus, um den Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten.
11 Die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung beträgt im Jahr 2026 im ersten
12 Ausbildungsjahr 682 Euro brutto pro Monat. Im zweiten Ausbildungsjahr liegt
13 sie bei 805 Euro, im dritten bei 921 Euro und im vierten bei 955 Euro brutto
14 pro Monat. Diese Beträge reichen angesichts steigender Mieten, hoher
15 Mobilitätskosten, Ausgaben für Lernmittel und allgemeiner
16 Lebenshaltungskosten vielerorts nicht aus, um ein eigenständiges Leben zu
17 finanzieren. Eine Ausbildung darf kein Armutsrisiko sein und nicht davon
18 abhängen, ob Eltern finanziell unterstützen können. Zugleich führt eine zu
19 niedrige Ausbildungsvergütung dazu, dass Auszubildende in der Praxis leichter
20 als billige Arbeitskräfte behandelt und ausgenutzt werden. Wo Ausbildung
21 finanziell kaum zum Leben reicht, steigt die Abhängigkeit vom Betrieb,
22 während die Bereitschaft sinkt, sich gegen schlechte Bedingungen, fachfremde
23 Tätigkeiten, Überstunden oder mangelnde Betreuung zu wehren. Eine höhere und
24 existenzsichernde Ausbildungsvergütung ist deshalb auch ein wichtiger Beitrag
25 gegen die Ausbeutung junger Menschen in Ausbildung. Wir fordern eine
26 Anhebung der gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung auf 80 Prozent der
27 durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung, damit sie sich an den
28 realen Lebenshaltungskosten junger Menschen orientiert und ein eigenständiges
29 Leben ermöglicht. Ausbildungsvergütung darf keine symbolische Anerkennung
30 sein, sondern muss Kosten für Wohnen, Mobilität, Ernährung, Lernmittel und
31 gesellschaftliche Teilhabe abdecken. Deshalb braucht es außerdem eine
32 regelmäßige und dynamische Anpassung an Preis- und Lohnentwicklung, damit die
33 Vergütung nicht durch Inflation entwertet wird. Tarifbindung muss gestärkt
34 werden, weil tarifgebundene Ausbildungsverhältnisse in vielen Fällen bessere
35 Vergütungen und bessere Bedingungen sichern als gesetzliche Mindeststandards.

36 Auch die öffentliche Hand muss hier Vorbild sein und in Kommunen, Ländern,
37 beim Bund sowie in öffentliche Unternehmen gute Ausbildungsvergütungen
38 gewährleisten. Gleichzeitig müssen zusätzliche finanzielle Belastungen für
39 Auszubildende, etwa bei Lernmitteln, Arbeitsmaterialien, Prüfungen oder
40 Mobilität, gesenkt werden. Unser Ziel ist, dass jede*r junge Mensch eine
41 Ausbildung unabhängig vom Einkommen der Eltern beginnen und abschließen kann.
42 Eine höhere Ausbildungsvergütung ist dabei auch ein Beitrag gegen den
43 Missbrauch von Auszubildenden als billige Arbeitskräfte: Ausbildung muss ein
44 Lern- und Qualifizierungsverhältnis sein und darf nicht dazu dienen, reguläre
45 Arbeit günstig zu ersetzen

1

2 A5: Verbot von Smart Glasses und ähnlichen Wearables mit 3 integrierter Kamera

4 Antragssteller: Martin Votava

5 **Mit diesem Antrag wird die Einführung eines gesetzlichen Verbots von**
6 **Smart-Glasses und vergleichbaren Datenbrillen beziehungsweise Wearables mit**
7 **integrierter Kamera gefordert.**

8 **Begründung**

9 Das geforderte Verbot dient dem Schutz der informationellen Selbstbestimmung und der
10 Wahrung des Rechts am eigenen Bild. Insbesondere schützt das Verbot vor der Videografie
11 von sexualisierten Übergriffen und der Verbreitung dieser online über soziale Medien. Ein
12 Verbot ist angesichts der technischen Charakteristika dieser Geräte und der aktuellen
13 Rechtslage in Deutschland sowohl verhältnismäßig als auch erforderlich. Für die in aller
14 Regel männlichen Täter sind Videoaufnahmen mit Smart-Glasses ein Ausdruck von
15 „Machogehabe“ und werden stark verharmlosend als „Spaß“ bezeichnet. Für die Betroffenen,
16 vor allem Frauen*, bedeuten die im Internet verbreiteten Aufnahmen mit Smart-Glasses viel
17 Leid, Schamgefühle, ein verletztes Selbstwertgefühl, psychische Probleme und einen
18 jahrelangen mühevollen Kampf gegen die weitere Verbreitung der unfreiwilligen Video-
19 Aufnahmen im Internet.

20 **1. Verstoß gegen die informationelle Selbstbestimmung und Verletzung des** 21 **Persönlichkeitsrechts**

22 Smart-Glasses ermöglichen unauffällige, dauerhafte und oft nicht erkennbare Aufnahmen
23 von Bild- und Tonmaterial in öffentlichen und privaten Räumen. Diese technische Möglichkeit
24 konfrontiert betroffene Personen mit einer neuen Form massiver Überwachung und
25 Kontrolle. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung - als Ausprägung der
26 Persönlichkeit - umfasst das Recht, selbst über Preisgabe und Verwendung
27 personenbezogener Daten zu entscheiden.

28 Die technische Leichtigkeit und Verborgenheit von Aufnahmen durch Smart-Glasses führen
29 dazu, dass betroffene Personen nicht frühzeitig Kenntnis von der Aufzeichnung erlangen und
30 somit nicht in die Verarbeitung einwilligen können. Dies untergräbt elementare
31 Schutzmechanismen der persönlichen Privatsphäre. Aktuelle Smart-Glasses Modelle, z.B.
32 die Kooperation von Ray-Ban und Facebook, lassen sich mit einfachen schwarzen
33 Aufklebern manipulieren, sodass der Leuchtpunkt, der eine Videoaufzeichnung anzeigen
34 soll, nicht mehr sichtbar ist.

35 **2. Bezug zur bestehenden Datenschutz- und Bildrechtslage**

36 Das Datenschutzrecht in Deutschland, die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in
37 Verbindung mit dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), verpflichtet Verantwortliche zur
38 Einhaltung der Grundsätze der Rechtmäßigkeit, Transparenz und Zweckbindung bei der
39 Erhebung personenbezogener Daten. Bild- und Videodaten sind personenbezogene Daten
40 im Sinne der DSGVO, sofern sie einer identifizierbaren Person zugeordnet werden können.

Die willkürliche Erhebung solcher Daten durch private Dritte ohne Rechtsgrundlage und ohne informierte Einwilligung der Betroffenen steht im Widerspruch zu den dortigen Vorgaben.

Darüber hinaus schützt das Kunsturhebergesetz (§§ 22, 23 KUG) das „Recht am eigenen Bild“ in Deutschland: Bildnisse dürfen grundsätzlich nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden. Dennoch erweist sich die Durchsetzung dieser Rechtsgrundsätze in der Praxis als schwierig, da die Identifikation von Täterinnen und Tätern, die Entfernung bereits verbreiteter Inhalte und die internationale Verbreitung rechtliche und technische Hürden schaffen.

Vor dem Hintergrund dieser Normen ist festzustellen: Die geltenden Regelungen greifen nicht hinreichend präventiv bei der Verbreitung einer Technologie, die heimliche Aufnahmen in großem Maßstab und mit minimaler Erkennbarkeit ermöglicht. Ein präventives Verbot wäre daher ein angemessenes Instrument, um rechtsstaatliche Prinzipien effektiv zu schützen und die Lücken zwischen normativer Vorgabe und praktischer Durchsetzbarkeit zu schließen.

3. Feministischer Schutzaspekt: Frauen* als besonders betroffene Gruppe

Aus feministischer Perspektive ist ein Verbot besonders geboten. Empirische und mediale Berichte weisen darauf hin, dass Frauen* überproportional Opfer heimlicher Foto- und Videoaufnahmen in sexualisierten Kontexten sind: Sei es „Upskirting“, das heimliche Filmen in Umkleidekabinen, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an sonstigen Orten, oder die anschließende sexualisierte Verbreitung der Aufnahmen im Internet. Smart-Glasses intensivieren diese Problematik, weil sie das Aufnehmen in der Öffentlichkeit erleichtern und die Grenzen zwischen alltäglicher Präsenz und Übergriffen verwischen.

Die sexualisierte Objektivierung von Frauen* durch nicht einvernehmliche Aufnahmen führt zu schwerwiegenden körperlichen, psychischen und sozialen Folgen: Scham, Angst vor Wiedererkennbarkeit, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum sowie dauerhafte Persönlichkeitsverletzungen durch die massenhafte Verbreitung digitaler Inhalte. Außerdem werden öffentliche Räume durch die Möglichkeit der einfachen heimlichen Anfertigung von Videoaufnahmen ihren Freiheitscharakter verlieren. Beispielsweise werden Strände, Schwimmbäder, Wellnessbereiche, Festivals, Konzerte oder Clubs in Zukunft anders von Personen wahrgenommen werden, wenn durch jede Smart-Glasses oder jedes andere Wearable die Anfertigung von heimlichen Aufnahmen erleichtert werden.

Patriarchale Machtstrukturen in der Gesellschaft, geschlechtsspezifische Stereotype und bestehende Formen von Gewalt gegen Frauen*, verschärfen diese Problematik. Politische Maßnahmen müssen daher präventiv wirken und bereits die technische Anfertigung von Aufnahmen erschweren, bevor bereits eine Person geschädigt wurde.

Ein Verbot technischer Geräte ist ein konkretes Instrument, um geschlechtsspezifische Gewaltformen präventiv entgegenzuwirken. Es sendet zudem eine klare gesellschaftliche Botschaft: Nicht einvernehmliche Aufnahmen sind nicht nur strafbar, sondern in ihrer Herstellung technisch unzulässig. Dies ist ein wichtiger Schritt, um öffentliche Räume wieder sicherer und zugänglicher für alle, insbesondere für Frauen*, zu machen.

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Smart-Glasses mit integrierter Kamera ein erhebliches Risiko für die informationelle Selbstbestimmung, das Persönlichkeitsrecht und insbesondere die Sicherheit und Würde von Frauen darstellen. Die bestehende Rechtslage

84 bietet zwar Schutzstandards, erreicht aber präventiv nicht den notwendigen Sicherungsgrad
85 gegen die neue Technologie des verdeckten Aufnehmens. Ein Verbot ist daher sowohl
86 rechtlich tragfähig als auch politisch geboten.

1

2 A6: Resolution: Unsere Stärke kommt von unten – Sozialstaat 3 verteidigen – das gute Leben für alle erkämpfen

4 Antragssteller: Liam Demmke

5 **Die Angriffslage:** Die Arbeiter*innenbewegung wurde in Betrieben, Werkhallen,
6 Verwaltungen, Krankenhäusern, Kitas, Berufsschulen, Zechen, Stahlwerken, Büros
7 und Stadtteilen aufgebaut. Von Menschen, die gearbeitet, gestreikt, organisiert
8 und füreinander eingestanden haben. Doch genau diese Menschen und Orte wurden in
9 den vergangenen Jahrzehnten - auch von Progressiven - zu oft allein gelassen.
10 Politische und wirtschaftliche Macht wurde nach oben verlagert und öffentliche
11 Daseinsvorsorge geschwächt. Arbeit wurde verdichtet. Wohnen wurde teurer.

12 Insgesamt bedeutet das: Weniger Kontrolle über das eigene Leben. Die aktuelle
13 Bundesregierung treibt diese Entwicklung unter Beteiligung der Sozialdemokratie
14 immer weiter voran. Wir erleben gerade eine politische Debatte, in der
15 Beschäftigte, Erwerbslose, Kranke, Rentner*innen, junge Menschen und Familien
16 wieder und wieder zum Problem erklärt werden. Während Beschäftigte den Laden am
17 Laufen halten, hören wir von Arbeitgeberverbänden und Teilen der Bundesregierung
18 immer dieselben Antworten: Länger arbeiten, später in Rente, mehr Druck in der
19 Grundsicherung, strengere Kontrolle bei Krankheit, längere Befristungen, weniger
20 Sozialstaat. Wenn es wirtschaftlich schwierig wird, sollen wieder zuerst
21 diejenigen zahlen, die am wenigsten Macht haben.

22 Das Problem ist ein Wirtschaftsmodell, das Gewinne privatisiert, Risiken in die
23 Gemeinschaft gibt und die Krisenkosten nach unten weitergibt.

24 **Wer entscheidet, wer zahlt, wer profitiert?** Die Debatte um Sozialstaat und
25 Arbeitnehmer*innenrechte ist eine Machtfrage. Viel zu oft entscheiden
26 diejenigen, die die Arbeit machen am wenigsten über Arbeitszeiten, über
27 Befristungen, Übernahmen, Standortentscheidungen, Digitalisierung, über Renten,
28 Pflege, Gesundheit und öffentliche Investitionen.

29 Wenn der Achtstundentag aufgeweicht werden soll, geht es um Verfügungsmacht der
30 Arbeitgeber über die Zeit der Beschäftigten. Wenn die Grundsicherung verschärft
31 wird, geht es darum, Menschen unter Druck zu setzen. Wenn bei Sozialleistungen
32 gekürzt wird, während große Vermögen, Erbschaften, Kapitalerträge und
33 Krisengewinne geschont werden, geht es um Verteilung. Diejenigen, die den
34 Wohlstand erarbeiten, verdienen mehr mehr Einfluss. Demokratie endet nicht am
35 Werkstor und nicht an der Bürotür eines Jobcenters.

36 **Der Status quo reicht nicht:** Schon vor den aktuellen Angriffen war vieles nicht
37 gut genug. Menschen mit niedrigen Löhnen droht trotz jahrzehntelanger Arbeit
38 Altersarmut. Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität hängen zu stark davon ab,
39 wo man lebt und wie viel Geld man hat.

40 Der Sozialstaat muss deshalb immer erneuert werden. Er gibt Menschen Raum zum
41 Atmen. Denn frei ist, wer planen kann, wer sich einbringen kann, wer nicht

42 ständig Angst haben muss, wer Sicherheit hat, kann Neues wagen. Wer gute Bildung
43 und Ausbildung bekommt, kann seine Fähigkeiten entwickeln. Wer gesund arbeitet,
44 bleibt länger im Beruf. Wer bezahlbar wohnt, kommt an einem Ort an. Wer dort
45 mitbestimmt, erlebt Demokratie.

46 **Organisieren statt empören:** Unsere Antwort ist Organisation. Wir wollen als
47 Jusos Münster Teil einer breiten Gegenbewegung gegen Sozialabbau und Angriffe
48 auf Arbeitnehmer*innenrechte sein. Gemeinsam mit Gewerkschaften,
49 Gewerkschaftsjugend, Sozialverbänden, Studierendenvertretungen, Initiativen
50 und der SPD wollen wir deutlich machen: Sozialstaat und Arbeitnehmer*innenrechte
51 sind die Grundlage eines demokratischen und würdigen Lebens.

52 **Forderungen: Hände weg reicht nicht – her mit dem guten Leben für alle**

53 **1. Arbeitszeit schützen und neu verteilen**

54 Keine Aufweichung des Achtstundentags, keine Wochenarbeitszeitmodelle mit
55 überlangen Arbeitstagen, verbindliche Arbeitszeiterfassung in allen
56 Betrieben und perspektivisch die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.

57 **2. Gute Arbeit statt Befristung, Druck und Prekarität**

58 Keine Ausweitung sachgrundloser Befristungen, Schutz bei Krankheit statt
59 Misstrauenspolitik, Mindestlohn ohne Ausnahmen und ohne Altersgrenzen,
60 keine Verschärfung der Grundsicherung zulasten von Erwerbslosen und
61 Familien sowie keine Ausweitung prekärer Arbeitsmodelle.

62 **3. Tarifbindung und Mitbestimmung stärken**

63 Ein starkes Bundestariftreuegesetz, erleichterte
64 Allgemeinverbindlicherklärungen, stärkere Betriebsräte und Jugend- und
65 Auszubildendenvertretungen, besserer Kündigungsschutz für
66 Betriebsratsgründer*innen und mehr Mitbestimmung bei Transformation,
67 Digitalisierung, KI, Standortentscheidungen und Personalabbau.

68 **4. Junge Menschen absichern**

69 Eine echte Ausbildungsgarantie, bezahlbares Azubi-Wohnen in Münster und im
70 Münsterland, starke Jugendberufsagenturen, mehr Qualifizierung und
71 Weiterbildung sowie mehr Rechte für Auszubildende und dual Studierende.

72 **5. Sozialstaat und öffentliche Infrastruktur ausbauen**

73 Keine Kürzungen bei Gesundheit, Wohnen, Familie, Pflege, Rente und
74 Bildung. Stattdessen öffentliche Investitionen in Kitas, Schulen,
75 Berufskollegs, Pflege, Gesundheit, ÖPNV, Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum
76 und starke öffentliche Dienstleistungen.

77 **6. Rente, Gesundheit und Pflege solidarisch organisieren**

78 Keine Anhebung des Rentenalters, ein höheres und dauerhaft stabiles
79 Rentenniveau, eine echte Mindestrente, bessere Anerkennung von
80 Sorgearbeit, Pflege, Kindererziehung, Krankheit und gebrochenen
81 Erwerbsbiografien, eine Erwerbstätigenversicherung, eine solidarische
82 Bürgerversicherung sowie begrenzte Eigenanteile und perspektivisch eine
83 Pflegevollversicherung.

84 7. **Reichtum gerecht besteuern und Arbeit entlasten**
85 Wiedereinführung der Vermögensteuer, gerechte Erbschaftsteuer,
86 Übergewinnsteuer für Krisenprofite, höhere Besteuerung von
87 Kapitalerträgen, Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen sowie keine
88 Unternehmenssteuersenkungen ohne verbindliche Investitions-,
89 Beschäftigungs- und Tarifzusagen.

90 **Eine Task Force „Unsere Stärke kommt von unten“**

91 Wir gründen eine Task Force. Sie soll aktuelle Angriffe auf Sozialstaat und
92 Arbeitnehmer*innenrechte beobachten, lokale Aktionen vorbereiten, Bündnisse
93 aufbauen, Streiks und Tarifaueinandersetzungen solidarisch begleiten,
94 Veranstaltungen organisieren und Anträge in die SPD Münster einbringen. Mögliche
95 erste Projekte sind eine Veranstaltung zum Achtsturentag und zur Vier-Tage-
96 Woche, eine Aktion zu Azubi-Wohnen in Münster, ein Gesprächsabend mit
97 Gewerkschaften und Sozialverbänden zum Sozialstaat oder eine Social-Media-Reihe
98 „Wer hält Münster am Laufen?“.

1

2 A7: Azubi- und Arbeitnehmer*innenpositionen bei den Jusos
3 Münster stärken

4 Antragssteller: Jonathan Wiegers

5 Liebe Jusos Münster,

6 Liebe Genoss*innen,

7 hiermit möchte ich den Antrag "Azubi- und Arbeitnehmer*innenpositionen bei den
8 Jusos Münster stärken" für die nächste außerordentliche Mitgliederversammlung
9 der Jusos Münster am 30. Juli 2026 stellen und einbringen.

10 Begründung: Die SPD und die Jusos haben eine historische Verwurzelung in der
11 Arbeiter*innenschaft und den Gewerkschaften als originären Vertretungen der
12 Arbeitnehmer*innen, Angestellten und Azubis, kurzum die SPD und die Jusos sind
13 partei- und jugendpolitische Interessenvertretungen von Arbeitenden,
14 Angestellten und Azubis im politischen Sinne. Münster ist mit seinen
15 Universitäten und Hochschulen seit je her eine Stadt mit hoher
16 Studierendendichte und mit vielen Akademiker*innen, dies ist erst einmal
17 grundsätzlich nicht zu verurteilen und spiegelt sich bei den Jusos Münster vor
18 allem durch eine hohe Studierendendichte innerhalb der Mitgliedschaft wider.
19 Auch wenn die Jusos als sozialistischer Jugendverband grundsätzlich allen jungen
20 Menschen offenstehen sollte und auch und vor allem für politisch Interessierte
21 Studierende eine politische Sozialisationsplattform sein kann und ist, so muss
22 auch die historische Verwurzelung der SPD der SPD und der Jusos in der
23 Arbeiter*innenschaft, Azubischafft und Angestelltenschaft ihren Raum und Platz
24 bei den Jusos Münster finden und darf nicht vergessen werden!

25 Deswegen stelle ich hiermit, um der historischen Verwurzelung unseres
26 Jugendverbandes Rechnung zu tragen, den Antrag einen Arbeitskreis, bzw. eine
27 Interessenvertretung für Azubis, Arbeiter*innen und Angestellte bei den Jusos
28 Münster zu gründen, welche den Vorstand des Juso Unterbezirkes Münster durch
29 unabhängige politische inhaltliche Arbeit und Beratung bei der Verwirklichung
30 originärer sozialdemokratischer Ziele innerhalb unserer Kernklientel unterstützt
31 und bestärkt!

32 Hierbei handelt das zu gründende Gremium eigenständig und autonom. Mitglieder
33 können ausschließlich Azubis, Arbeiter*innen und Angestellte Mitglieder der
34 Jusos Münster sein, hierbei bzw bei der politischen Organisation und
35 Koordinierung mit der Arbeit des zu gründenden Gremiums kann der Arbeitskreis
36 bzw. die Interessenvertretung durch ein zu beauftragendes Mitglied des UB-
37 Vorstandes unterstützt werden, somit soll eine wirksame
38 Gesamtverbandskoordination sichergestellt werden!

39 Der Arbeitskreis kann sich zur Verwirklichung seiner Ziele eine eigene
40 Geschäftsordnung geben und ein Koordinationsteam wählen, hierbei ist er an Wahl-
41 und Satzungsgrundsätze der Jusos Münster gebunden. Die Koordination und der

42 Arbeitskreis sind aufgefordert aktiv auch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften
43 und ihren Jugendorgas zu suchen und die Zusammenarbeit mit diesen zur
44 Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele zu pflegen und zu fördern.

45 Insgesamt würde ich mich über eine Unterstützung des Antrags seitens des
46 Vorstands und der Mitgliederversammlung freuen und bin für inhaltliche Anträge
47 und Anregungen zu meinem Antrag sehr dankbar und offen!

48 Mit freundlichen Grüßen,

49 Jonathan Wiegers

50 Genosse, Angestellter und Ex-Azubi